

Programm zur grenzübergreifenden Zusammenarbeit

Freistaat Bayern – Tschechische Republik Ziel ETZ 2014–2020

MITTELBINDUNG

Verfahren zur Mittelbindung

Nach Einplanung eines Projektes (und nach Erfüllung eines etwaigen Vorbehalts) ordnet das Gemeinsame Sekretariat im eMS dem Leadpartner und dem/den Projektpartner/n die jeweils zuständige Stelle zu.

Im Freistaat Bayern ist die zuständige Stelle die mittelbindende Stelle des Leadpartners und in der Tschechischen Republik die jeweils zuständige Filiale des Zentrums für Regionalentwicklung (weiter nur "Abteilung des Zentrums") des Leadpartners.

Die Zuordnung des Zentrums ist grundsätzlich wie folgt:

- Wenn der Partner seinen Sitz im Bezirk Karlsbad hat, so ist für den Partner die "Abteilung des Zentrums für NUTS II Nordwesten" in Chomutov zuständig.
- Wenn der Partner seinen Sitz im Bezirk Pilsen hat, so ist für den Partner die "Abteilung des Zentrums für NUTS II Südwesten" in Písek zuständig.
- Wenn der Partner seinen Sitz im Bezirk Südböhmen hat, so ist für den Partner die "Abteilung des Zentrums für NUTS II Südwesten" in Písek zuständig.
- Wenn der Partner seinen Sitz außerhalb des Fördergebietes hat, so ist der Bezirk der Abwicklung des Projektantrags maßgeblich für die Zuordnung zu einer Abteilung des Zentrums¹.

Mit der Zuordnung erhält die zuständige Stelle im eMS ein Leserecht zum jeweiligen Projektantrag inkl. Projektgeschichte, den Prüfungs- und Bewertungsergebnissen, dem Bereich "Anlagen INTERN" und dem Menüunterpunkt "Antrag und Vertrag". Das Gemeinsame Sekretariat informiert die zuständige Stelle über die Zuordnung per E-Mail.

Der Rahmenvertrag wird durch das Gemeinsame Sekretariat im eMS generiert. Die von der Verwaltungsbehörde unterzeichneten Rahmenverträge werden - über das Gemeinsame Sekretariat - in doppelter Ausführung an die jeweilige zuständige Stelle des Leadpartners übermittelt.

Nachdem das Gemeinsame Sekretariat die von der Verwaltungsbehörde unterzeichneten Rahmenverträge an die für den Leadpartner zuständige Abteilung des Zentrums übermittelt hat, informiert das Gemeinsame Sekretariat darüber (per E-Mail; Anlage: Abdruck des Schreibens) die Hauptstelle des Zentrums in Prag.

Die zuständige Stelle des Leadpartners holt die Unterschrift des Leadpartners ein und übermittelt eines der vom Leadpartner unterzeichneten Exemplare an das Gemeinsame Sekretariat. Das zweite vom Leadpartner unterzeichnete Exemplar verbleibt beim Leadpartner.

Mit Eingang des rechtskräftig unterzeichneten Rahmenvertrages erfasst das Gemeinsame Sekretariat das Datum des Abschlusses des Rahmenvertrags zum Projekt im eMS unter dem Menüunterpunkt "Antrag und Vertrag" im Bereich "Zusätzliche Informationen" und lädt unter dem Menüunterpunkt "Anlagen INTERN" den eingescannten Rahmenvertrag hoch; handelt es sich um einen Leadpartner aus der Tschechischen Republik, lädt das Gemeinsame Sekretariat im Bereich "Anlagen INTERN" auch den einfachen Text des Rahmenvertrags in einem geöffneten und maschinenlesbaren Format hoch. Das Gemeinsame Sekretariat sendet an die jeweils zuständige Stelle der/des Projektpartner/s eine E-Mail

¹ Erfolgte die Abwicklung des Projektantrags im Bezirk Karlsbad, so ist für den Partner die Abteilung des Zentrums für NUTS II Nordwesten in Chomutov zuständig. Erfolgte die Abwicklung des Projektantrags im Bezirk Pilsen oder Südböhmen, so ist für den Partner die Abteilung des Zentrums für NUTS II Südwesten in Písek zuständig.

Programm zur grenzübergreifenden Zusammenarbeit

Freistaat Bayern – Tschechische Republik Ziel ETZ 2014–2020

(Cc: Verwaltungsbehörde, Nationale Behörde, zuständige Stelle des Leadpartners, Hauptstelle des Zentrums), dass der rechtskräftig unterzeichnete Rahmenvertrag vorliegt.

Anschließend kann die zweite Stufe der Mittelbindung erfolgen. Die 2. Stufe der Mittelbindung wird sowohl im Freistaat Bayern als auch in der Tschechischen Republik durch die jeweils zuständige Mittelbindende Stelle außerhalb des eMS durchgeführt. Folgender Textbaustein wird in die 2. Stufe der Mittelbindung aufgenommen:

- bayerischer Projektteil: "Der zwischen der Verwaltungsbehörde und dem Leadpartner abgeschlossene und in Kopie beigefügte Rahmenvertrag Programm zur grenzübergreifenden Zusammenarbeit Freistaat Bayern – Tschechische Republik Ziel ETZ 2014–2020 ist untrennbarer Bestandteil dieses Zuwendungsbescheides."
- tschechischer Projektteil: "Die Seiten haben am <Datum> diesen Vertrag abgeschlossen
I. in Einklang mit dem Programm zur grenzübergreifenden Zusammenarbeit, in dem die Bedingungen zur Projektdurchführung im Rahmen des Programms zur grenzübergreifenden Zusammenarbeit Freistaat Bayern – Tschechische Republik Ziel ETZ 2014-20120 verankert sind (weiter nur "Ziel ETZ BY-CZ", welche vor allem durch die VO (EU) Nr. 1303/2020, die VO (EU) Nr. 1301/2013, die VO (EU) Nr. 1299/2013 und die Delegierte Verordnung (EU) Nr. 481/2014 der Kommission vorgegeben sind.
II. und in Bezug auf den am <Datum der Unterzeichnung des Rahmenvertrags durch den Leadpartner> zwischen der Verwaltungsbehörde (Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Energie und Technologie) und dem Leadpartner des Projektes (definiert im Art. 1 Abs. 1) unterzeichneten Rahmenvertrag. Die Kopie des Rahmenvertrags ist untrennbarer Bestandteil des Vertrags als Anlage Nr. <...>."

Die jeweils zuständige Stelle (im Freistaat Bayern die mittelbindende Stelle, in der Tschechischen Republik die jeweils zuständige Abteilung des Zentrums) informiert das Gemeinsame Sekretariat per E-Mail, zu welchem Datum die 2. Stufe der Mittelbindung auf der nationalen Seite abgeschlossen wurde (Cc: zuständige Stelle auf der anderen Seite der Grenze). Das Gemeinsame Sekretariat erfasst das Datum der 2. Stufe der Mittelbindung in Bayern und Tschechien zum Projekt im eMS unter dem Menüunterpunkt "Antrag und Vertrag" im Bereich "Zusätzliche Informationen". Nach Abschluss der 2. Stufe der Mittelbindung trägt die zuständige Stelle dem Projektpartner gewährte Beihilfelemente zur Dokumentation in das eMS ein (siehe nachfolgender Abschnitt), falls relevant.

Dokumentation von Beihilfefällen

Das Programm hat gegenüber der Europäischen Kommission eine jährliche Berichtspflicht bezüglich der gewährten Beihilfen nach AGVO. Dieser Berichtspflicht kommt die Verwaltungsbehörde durch einen Eintrag in das **elektronische System SARI** (State Aid Reporting Interactive) nach.

Seit dem 1. Juli 2016 gilt zudem die von der Europäischen Kommission eingeführte **Transparenzpflicht für gewährte Einzelbeihilfen** von mehr als 500.000 Euro (Art. 9 AGVO). Diese sind in das sogenannte Transparency Award Modul (TAM) der Kommission spätestens 6 Monate nach Gewährung der entsprechenden Beihilfe einzutragen. Dieser Eintrag wird durch die Verwaltungsbehörde vorgenommen.

Zur Erfüllung der genannten Berichtspflichten in SARI und TAM und zur vollständigen Dokumentation der bewilligten Beihilfen im Rahmen des Programms ist im eMS für jedes Projekt ein **Bereich „Beihilfefälle“** angelegt. Dort sind **alle gewährten Beihilfen nach AGVO und De-minimis nach Abschluss der zweiten Stufe der Mittelbindung einzutragen**. Die dort gefragten Informationen sind je Beihilfefall vollständig anzugeben. Damit eine lückenlose Dokumentation je Projekt garantiert ist, **sind in das eMS auch die Beihilfefälle nachzutragen, bei welchen die 2. Stufe der rechtlichen Mittelbindung bereits vor Veröffentlichung dieses Leitfadens abgeschlossen wurde.**

Programm zur grenzübergreifenden Zusammenarbeit

Freistaat Bayern – Tschechische Republik Ziel ETZ 2014–2020

Die Verwaltungsbehörde wird den genannten Berichtspflichten gegenüber der Europäischen Kommission für das Gesamtprogramm auf Basis der gemeldeten Beihilfefälle nachkommen. Der Eintrag einer gewährten **Einzelbeihilfe von mehr als 500.000 Euro im eMS ist gleichzeitig dem Gemeinsamen Sekretariat per E-Mail zu melden**, damit die Frist zur TAM-Meldung eingehalten werden kann.

Im Folgenden wird die Dokumentation eines Beihilfefalls im eMS erläutert.

Beihilfefälle im eMS eintragen

Für die Erfassung eines Beihilfefalls öffnen Sie das betroffene Projekt und öffnen dort den Bereich „Zusätzliche Informationen“ und danach „Beihilfefälle“. Klicken Sie dann bei dem entsprechenden Partner das **Plussymbol**, um einen Beihilfefall anzulegen. Es öffnet sich folgende Eingabemaske:

Angaben zu De-minimis und AGVO Beihilfefällen

Setzen Sie das Häkchen bei „**Beihilferelevantes Vorhaben**“ und **entweder das Häkchen bei „De-minimis“ oder bei „AGVO“**, je nach zutreffendem Fall. Geben Sie den **EFRE-Förderungssatz** des Projektpartners an.

In dem Feld „**Beihilfeelement in Euro**“ ist der entsprechende EFRE-Betrag anzugeben.

Unter „**Mittelbindende Stelle**“ und „**Name des Bearbeiters**“ sind die entsprechenden Angaben zu machen.

Im Feld „**Tag der Gewährung**“ ist das Datum anzugeben, an dem die Beihilfe durch die mittelbindende Stelle gewährt wurde (d.h. das Datum des Abschlusses der 2. Stufe der Mittelbindung für den betreffenden Partner).

Das „**Kommentarfeld**“ steht für ergänzende Erläuterungen zur Verfügung.

Wichtig: Danach müssen die Daten gespeichert werden. Dazu ist das Feld (links oben) „**Speichern**“ anzuklicken.

Ergänzende Angaben zu AGVO Beihilfefällen

In dem Feld „**Ziel der Beihilfe (Kategorie der Beihilfe – AGVO-Artikel)**“ ist der einschlägige AGVO-Artikel zu nennen, auf dessen Grundlage die Beihilfe gewährt wird, bspw. Beihilfen für Kultur und die Erhaltung des kulturellen Erbes, Art. 53 AGVO.

Programm zur grenzübergreifenden Zusammenarbeit

Freistaat Bayern – Tschechische Republik Ziel ETZ 2014–2020

Bei dem Feld **„Art des Unternehmens“** ist, falls relevant, KMU oder Großunternehmen auszuwählen, sonst bleibt „nicht relevant“. KMU ist auszuwählen, sofern das betroffene Unternehmen die Definition eines kleinen oder mittelständischen Unternehmens erfüllt (gemäß Anhang I der Verordnung der Kommission (EU) Nr. 651/2014).²

In dem Feld **„Identifikation des Beihilfeempfängers“** ist die Umsatzsteuer-Identifikationsnummer des Partners anzugeben, oder, falls nicht möglich, eine geeignete nationale Kennung zur eindeutigen Identifizierung des Partners, bspw. die Handels- oder Vereinsregisternummer.

² VO (EU) Nr. 651/2014 Anhang I Art. 2 Ziff. 1.: „Die Kategorie der Kleinstunternehmen sowie der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) setzt sich aus Unternehmen zusammen, die weniger als 250 Personen beschäftigen und die entweder einen Jahresumsatz von höchstens 50 Mio. EUR erzielen oder deren Jahresbilanzsumme sich auf höchstens 43 Mio. EUR beläuft.“